

Bildungspolitik aus Umklammerung durch Unternehmen befreien

Bildungspolitik muss aus der Umklammerung durch private Unternehmen und Unternehmerverbände befreit werden.

Die GEW fordert PolitikerInnen auf, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums nach Artikel 14 des Grundgesetzes bei den Unternehmen verstärkt einzufordern.

Mit einer Vielzahl von Organisationsformen versuchen schon seit den 90er Jahren Unternehmen – insbesondere Multinationale Konzerne – und Unternehmerverbände Einfluss auf die Bildungspolitik zu nehmen. Ein Hauptmotor ist dabei sicherlich die Bertelsmann-Stiftung, der seit 1993 immerhin 70% des Konzerngesamt-kapitals übertragen wurde.

Weitere Stiftungen wie die Hertie-Stiftung nehmen direkten Ein-

fluss auf konkrete schulische Projekte. Auch Unternehmen wie Microsoft, CISCO und viele andere nehmen direkten Einfluss auf schulisches Lernen.

Mit „Selbstständige Schule 2015 – Leitbild, Ziele und Fundamente – Positionspapier der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) zur hessischen Qualitätsschule 2015“ vom 21. September 2004 hat der VhU ein komplettes Leitbild für die staatlichen Schulen in Hessen vorgelegt.

Wie weit der Einfluss reicht, illustriert die Antwort des HKM auf eine Nachfrage des HPRL nach einem Papier des Abteilungsleiters IV im HKM, Kuntze mit dem Titel „Schule 2015“. Dem HKM war die o.g. VhU-Schrift besser geläufig.

Die Deckungsgleichheit des VhU-Konzepts oder der Unternehmensberatung McKinsey („4-Punkte-Plan zur Bildungsreform in Deutschland“) mit dem „3. Qualitätssicherungsgesetz“ oder den Vorstellungen des HKM-Abteilungsleiters Kuntze ist verblüffend und gleichzeitig aufschlussreich.

Für England (das in bezug auf Schulinspektionen Vorbild vor Hessen ist) weist Richard Hatcher auf drei Formen der Einflussnahmen privater Unternehmen auf die Bildungspolitik hin: sie werden bei der Umsetzung von bildungspolitischen Initiativen beteiligt, schulische Dienstleistungen werden teilverprivatisiert und schließlich wird über das „non-profit-sponsorship“ der Einfluss von Unternehmen auf Schulen hergestellt.

Die Einmischung von Unternehmen und Unternehmerverbänden, deren Leitschnur die private Gewinnmaximierung ist, stößt auch bei anderen zunehmend auf Widerspruch. So hat der Elternbund Hessen (ebh) jüngst in Form einer Pressemitteilung und eines Offenen Briefes festgestellt:

„Angesichts der angestoßenen Reformprozesse im Bildungssektor bei äußerst schwieriger Haushaltslage in Hessen mag es einer gewissen Hilflosigkeit geschuldet sein, wenn sich die Politik jedweder Couleur Unterstützung bei der Wirtschaft holt bzw. deren Angebote dankend annimmt. Aber der Tenor der gemeinsamen Veröffentlichung missachtet nicht nur *das Primat der Eltern in der Erziehung und in Bildungsfragen ihrer Kinder,*

sondern es wird auch fahrlässig mit der Unabhängigkeit und Freiheit von Schule und Bildung gegenüber der Wirtschaft umgegangen. Hier werden womöglich Abhängigkeiten in Kauf genommen, die jedenfalls nicht im Sinne von Eltern sind. *Der Elternbund hessen kann nicht hinnehmen, dass das gesamte Schulsystem unter das Nutzenprimat von Wirtschaftsvertretern gestellt wird.*“ (Pressemittteilung des ebh vom 15.11.2005)

Die GEW stellt fest: Bildung ist und bleibt staatliche Aufgabe. Der Einmischung der Privatwirtschaft in die Schule muss Einhalt geboten werden.

An Gewinnen orientierte Unternehmen stehen in ihrer Zielrichtung quer zur Notwendigkeit, alle Kinder optimal zu fördern und allen Kindern und Jugendlichen optimale Bildungschancen zu verschaffen.

Die Unternehmen sollten von den PolitikerInnen verstärkt in die Verantwortung von Artikel 14 des Grundgesetzes genommen werden (Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen). Dazu gehört es, ausreichende, gut bezahlte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen in den Unternehmen zu etablieren, endlich das Problem der fehlenden Ausbildungsplätze anzugehen statt die Schuld auf die Jugendlichen oder die Schule zu schieben. Dazu gehören auch Transparenz, Mitbestimmung und ökologische Nachhaltigkeit.



Auf der Landesdelegiertenversammlung: Klaus Schermelleh, Ute Seeger (Foto links), Benjamin Ortmeier, im Hintergrund: Thomas Sachs, Susanne Hoeth, (Fotos: JL)

EdUnite – oder die gläserne Lehrkraft

Fortbildungsportfolios können weggeworfen werden, Klassenbücher ebenso, Zeugnislisten dito.

Das alles – und noch viel mehr – leistet die entsprechende Software des kleinen aber feinen Schweizer Software-Unternehmens ascaion, dem es gelungen ist, mit dem HKM ein Kooperationsabkommen unter dem Namen EdUnite abzuschließen.

An 10 Schulen, 5 davon in Frankfurt läuft dieses Vorhaben mehr oder weniger im Verborgenen. Als an der Ernst-Reuter-Schule II der Antrag auf allgemeine Einführung in der Gesamtkonferenz gestellt wurde, dämmerte es vielen, auf was sie sich da alles einlassen würden:

- Erfassung aller Schülerdaten in einem prinzipiell (wenn auch verschlüsselten) mehreren Seiten zugänglichen System
- Prinzipielle Möglichkeit der Profilerstellung
- Lückenlose Datenerfassung für übergeordnete Dienststellen
- Im Endausbau: der/die gläserne Schüler/in, der/die gläserne Lehrer/in, die gläserne Schule

Es scheint, dass sich das HKM nicht mehr nur auf den „Tanker“ SAP oder Firmen wie Accenture verlässt, um die Kontrolle über Schule auszubauen, sondern dazu

auch kleinere, innovative Unternehmen zum Zug kommen lässt.

Wie besessen ist die Landesregierung dabei, die Messbarkeit pädagogischer und anderer Leistungen zur alleinigen Richtschnur zu erheben.



Zum 1.2.2006 ist bereits ein Schulverbund der 5 Frankfurter Schulen (ERS II, Wöhler, Freiherr-vom-Stein, Carlo-Mierendorff und Liebig) geplant. Um die Fördergelder zu erhalten, müssen „Mindeststandards“ eingehalten werden (Schülernoten, Schülerfehldaten ...?).

In Bayern wurde von der Firma ascaion „das hessische Modell“ anlässlich der Auswertung von Vergleichsarbeiten bereits vorgestellt.

Es ist immer wieder bedauerlich, dass sich ansonsten gewiefte EDV-Experten von solchen „innovativen software-Lösungen“ derart blenden lassen, dass sie die Rahmenbedingungen fast vollständig ausblenden, unter denen solche „Lösungen“ vorangebracht werden: die Ressourcenverknappung im Bildungswesen, die verstärkte Reglementierung und Verbetriebswirtschaftlichung von Schule.

Die ERS II hat den Beschluss über die Einführung von EdUnite übrigens erst mal zurückgestellt – sie will sich erst mal einen Überblick über die Konsequenzen verschaffen.

Gleiches hat die Frankfurter GEW vor: Anfang 2006 will sie die von dem Schulversuch betroffenen Schulen zu einem Runden Tisch einladen.

Der höchst dotierte Softwarepreis im deutschsprachigen Raum geht nach Hessen

Erfolgreiche Kooperation des Hessischen Kultusministeriums mit dem Schweizer Softwarehaus ascaion AG

Der höchst dotierte Softwarepreis im deutschsprachigen Raum, der Microsoft .NET Solutions Award, geht in der Kategorie „Öffentliche Verwaltung“ in diesem Jahr nach Hessen.

Mit dem von Intel, Microsoft, TU München und Vodafone gemeinsam durchgeführten und gestifteten Wettbewerb werden „Spitzenleistungen herausragender innovativer Softwareentwicklungen in der .NET Technologie sowie besonderes Engagement auf dem Gebiet der Entwicklung und Verbreitung von richtungsweisenden Lösungen“ gewürdigt.

Mit „edunite“, einem Produkt des Schweizer Softwarehauses ascaion AG, erhielt im stark besetzten Teilnehmerfeld eine Lösung den Spitzenplatz, welche in Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium derzeit erstmals in der Praxis umgesetzt wird.

An zehn hessischen Schulen, vornehmlich im Frankfurter Raum, arbeiten hessische Lehrerinnen und Lehrer seit Anfang des Jahres mit einer internetbasierten Software, die vielfältige neue Möglichkeiten im Unterrichtsalltag eröffnet. Die

Lösung wird von den Lehrkräften nicht nur getestet, sondern gleichermaßen inspiriert und vorangetrieben. „edunite ist für die Lehrerschaft ein hervorragendes Werkzeug für Teamwork, zum Nutzen unserer Schüler“, sagte der Projektleiter des Hessischen Kultusministeriums, Christof Gans, bei der Preisverleihung.

So ermöglicht das System beispielsweise jederzeit virtuelle Klassenkonferenzen mit allen relevanten Schüler- und Unterrichtsdaten. Unterrichtspläne und Lernziele können interaktiv erstellt, Schulprogramme wirkungsvoll evaluiert werden. Schüler und Eltern, aber auch Betriebe können in das System eingebunden werden, ebenso die schulübergreifenden Ebenen wie Landes- und Regionalverwaltung.

Georg Treibenreif, CEO der ascaion AG, hob die kreative Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium hervor: „Das bravouröse Engagement der Lehrerschaft, die eingebrachten Erfahrungswerte der zuständigen Referatsleiter Rudolf Peschke und Heinz Günther Laux sowie die visionären Impulse von Kultusministerin Karin Wolff haben diesen Erfolg überhaupt erst ermöglicht.“

Text Internet 4.4.2005